



**CDU** BREMERHAVEN

**Freie  
Demokraten**  
**FDP**

Bremerhaven, 28. Februar 2023

## **Ausschuss für öffentliche Sicherheit am 14.03.2023**

Beschlussvorschlag zur Berichtsbitte und zur Anfrage der SPD, CDU und FDP zum Thema Arbeitsrückstände bei der OPB.

Nummer: I 22/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit möge beschließen:

1. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stellt fest, dass die Polizei in Bremerhaven mehr Unterstützung benötigt, um ihre Arbeit effektiv zu erledigen. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, fordert der Ausschuss für öffentliche Sicherheit die Bremer Landesregierung auf, mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um zusätzliches Personal einzustellen. Dadurch soll die Arbeitsbelastung der Polizeibeamten verringert und die Effektivität der Polizeiarbeit erhöht werden.
2. Der Ausschuss beauftragt Herrn Oberbürgermeister Grantz Gespräche mit der Landesregierung zu führen, um sicherzustellen, dass die Polizei in Bremerhaven ausreichend finanziert wird, um ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Der Fokus soll dabei auf möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Personalausstattung und der Arbeitsbedingungen der Polizeibeamten liegen. Das Ziel dieser Gespräche ist die Gewährleistung der Reduzierung der Arbeitsbelastung sowie der Arbeitsrückstände bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

Martina Kirschstein-Klingner  
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen  
CDU-Fraktion

Bernd Freemann  
FDP-Fraktion